

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 073-2015
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2015.RRGR.274

Eingereicht am: 13.03.2015

Fraktionsvorstoss: Ja
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: SVP (Knutti, Weissenburg) (Sprecher/in)
SVP (Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden)
SVP (Burren, Lanzenhäusern)
SVP (Moser, Landiswil)
SVP (Schweizer, Utzigen)
SVP (Studer, Utzenstorf)
SVP (Gschwend-Pieren, Lyssach)
SVP (Sutter, Langnau i.E.)
SVP (Klopfenstein, Corgémont)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 19.03.2015

RRB-Nr.: vom
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Polizeigesetzrevision speditiv vorantreiben

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Polizeigesetzrevision auf der Basis der bestehenden Grundlagen und Rückmeldungen aus den Vernehmlassungen speditiv voranzutreiben und sie 2016 der Kommission vorzulegen.

Begründung:

Die Eckwerte für die aktuell laufende Totalrevision des Polizeigesetzes sind vorhanden. In der Vernehmlassung von 2012 wurden die entsprechenden Rückmeldungen gegeben, der Evaluationsbericht zu Police BE liegt auch vor, und nun gilt es, die Resultate und die überwiesenen Motionen und Postulate rasch in einen neuen Entwurf zu giessen. Die Arbeiten sind im Verzug, und in den Gemeinden wartet man mit Ungeduld auf die neuen Grundlagen.

Die verlorene Zeit sollte aufgeholt werden, allenfalls durch Verzicht auf ein weiteres Vernehmlassungsverfahren, da der neue Entwurf ja in enger Absprache mit den Gemeinden erarbeitet wird und mit den neu geschaffenen ständigen Kommissionen ein Instrument besteht, um die Vorlage effizient und effektiv zu prüfen. Auf den neuerlichen Umweg über ein zweites Vernehmlassungsverfahren könnte zu Gunsten einer rascheren Bereinigung der rechtlichen Grundlagen und den damit verbundenen Verbesserungen für die Sicherheit und die Zusammenarbeit mit Police Bern verzichtet werden.

Begründung der Dringlichkeit: Die aktuelle Situation ist für die Gemeinden so unbefriedigend, dass der Unmut der Gemeinden sich darin äussert, dass die Verträge und die Rechnungen immer stärker hinterfragt werden. Dies ist auch für die Mitarbeitenden der Polizei, die mit immer mehr Administration belastet werden, unbefriedigend. Die Situation muss so rasch wie möglich bereinigt werden, damit Rechtsklarheit herrscht und sich alle Beteiligten wieder auf den Kernauftrag, das Gewährleisten der Sicherheit, konzentrieren können.